

In der Senatssitzung am 2. Juni 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Der Senator für Finanzen

Datum: 29.05.2020

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 02.06.2020

„BREMIS (Bremisches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz)- Erstellung einer digitalen Anwendung“

A. Problem

Die Corona-Pandemie stellt das öffentliche Gesundheitswesen auf der digitalen Ebene vor große Herausforderungen. Insbesondere in den Gesundheitsämtern bleibt der Anschluss an digitale Kommunikation verwehrt. So ist im Bereich des Meldewesens nach dem Infektionsschutzgesetz der Kommunikationsstandard immer noch das Fax.

Die damit verbundenen Nachteile werden in Zeiten der Corona-Pandemie besonders deutlich. So bekommen die Gesundheitsämter die Laborbefunde sowie die Meldebögen aus den Corona-Ambulanzen per Fax. Erst das manuelle Zusammenfügen beider Befunde ermöglicht es, dass Maßnahmen des Infektionsschutzes getroffen werden, wie z.B. die Nachverfolgung von Kontaktpersonen. Dieser Aufwand erzeugt einen hohen zeitlichen und personellen Aufwand.

Das Bremer Gesundheitsamt ist von der jetzigen Situation besonders stark betroffen, da das System der Gesundheitsämter auf Kreisebene organisiert ist. Je größer der Kreis bzw. die kreisfreie Stadt, also je mehr Einwohner*innen das Gesundheitsamt betreuen muss, desto höher die Anzahl der faxbasierten Meldungen. Das gleiche Problem haben auch die Corona-Ambulanzen, da dort ebenfalls die Meldebögen mit den Labormeldungen zusammengeführt werden müssen, um die Patient*innen über die Testergebnisse zu informieren.

In Deutschland soll vom Robert Koch Institut ein online Meldesystem für Infektionskrankheiten geschaffen werden: das DEMIS-System (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz). An DEMIS arbeitet das RKI seit 2014. Ursprünglich war gesetzlich eine Einführung bis Ende 2020 vorgesehen. Das neue Infektionsschutzgesetz sieht eine Einführung nicht vor 1.6.2021 vor. DEMIS kann daher in den kommenden Monaten nicht das akute Problem des Bremer Gesundheitsamtes lösen – das manuelle Zusammenfügen von Labor- und Meldebögen.

B. Lösung

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hat zusammen mit dem Senator für Finanzen die Projektplanung BREMIS (Bremer Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) gestartet, um in der Corona Pandemie die Meldewege zu digitalisieren. Das Projekt BREMIS dient der Sicherstellung der Umsetzung des ‚Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen‘ (IfSG),

dessen Zweck es ist, übertragbare Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern.

Unterstützt mit einer Gesamtprojektleitung aus der Digitalisierungsabteilung des Finanzressorts wird eine Software entwickelt, die es ermöglicht, digitale Kommunikation zwischen den Corona-Ambulanzen, den Laboren und den Gesundheitsämtern zu realisieren. Das Hauptziel ist die automatisierte und digitale Zusammenführung von Melde- und Laborbögen in einer Datenbank lokal im Gesundheitsamt. Das Projekt wird laufend an das vom Robert Koch Institut derzeit in Entwicklung befindliche DEMIS System angepasst um Parallelstrukturen zu vermeiden.

Es ist geplant BREMIS bis September 2020 in mehreren Entwicklungsstufen anlaufen zu lassen. Das Basissystem soll im Juni 2020 zur Verfügung stehen, welches im Wesentlichen die Anwendung zum automatisierten Zusammenführen der Dokumente im Gesundheitsamt vorsieht. Bis September 2020 werden weitere Funktionen dazu geschaltet. Dazu zählen a) die Verknüpfung zu Meldesystemen des RKI, b) die Anbindung an ein in Entwicklung Containment-Management-System, c) der Anschluss weiterer Gesundheitsämter und d) die Erfassung weiterer meldepflichtiger Infektionskrankheiten.

C. Alternativen

keine Alternativen

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Die Senatorin für Gesundheit Frauen und Verbraucherschutz beabsichtigt, für die Erstellung von BREMIS den landeseigenen IT-Dienstleister Governikus KG (100 % Eigengesellschaft) zu beauftragen.

Hierfür sind Mittel in Höhe von insgesamt 790.000 € erforderlich.

Darin sind Erstellungskosten inklusive Schulung und Support in 2020 in Höhe von 625.000 € sowie 50.000 € für Hardware und Lizenzen enthalten. Die jährlichen Betriebs- und Wartungskosten werden für das Jahr 2021 mit 115.000 € beziffert:

Da pandemiebedingt eine schnellst mögliche Auftragsvergabe und Umsetzung von BREMIS erforderlich ist und etwaige Mittel für die Finanzierung nicht in den Haushaltsansätzen 2020/2021 der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vorgesehen sind, sollen die Kosten i.H.v. bis zu 790.000 € im Haushalt des Landes Bremen aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung der Corona-Pandemie (im PPL 95) gedeckt werden.

Die Durchführung des Projekts berührt selbst keine Gender-Aspekte. Männer und Frauen sind gleichermaßen betroffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatskanzlei ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz das Projekt BREMIS in Kooperation mit dem Senator für Finanzen umzusetzen.
2. Der Senat stimmt im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie bzw. deren Folgen der Maßnahme „BREMIS“ (Bremisches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) zu. Die Finanzierung der erforderlichen Mittelbedarfe in Höhe von bis zu 790.000 € im Haushalt des Landes Bremen soll aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung der Corona-Pandemie (im PPL 95) erfolgen.
3. Der Senat stimmt im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes BREMIS dem Eingehen einer Verpflichtung i.H.v. 115.000 € für 2021 zu.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die erforderlichen Beschlüsse zur Finanzierung der Maßnahme im Haushalts- und Finanzausschuss über den Senator für Finanzen einzuholen.